

Deutsche Einheit: Weiter- und Neu-Denken

Rolf Reißig

Die Chance zur Deutschen Einheit überraschte fast alle – die Politik, die Medien, die Wissenschaft; und selbst die Geheimdienste, wie wir inzwischen aus den Archiven des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl wissen. Es gab deshalb auch keine konzeptionellen Vorüberlegungen oder gar Strategien zur Gestaltung der deutschen Einheit.

Als der Umbruch im Osten das Tor zur Einheit öffnete, wurde diese dann pragmatisch und zügig, ohne ernsthafte politische Gegenbewegungen und weitgehend von oben hergestellt. Die deutsche Einheit ist heute konsolidiert, national sowie international akzeptiert, aber noch nicht vollendet. Die Überwindung der Teilung Deutschlands war der entscheidende Schritt zur Überwindung der Teilung Europas und zur Beendigung der Nachkriegsordnung. Darin besteht ihre historische Bedeutung.

Das Thema der Einheit ist für die Deutschen in Ost und West heute nicht mehr das erste und wichtigste Thema. Fragen der Zukunft der Arbeit, des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, der Umwelt, der europäischen Einigung und der internationalen Friedenssicherung sind in den Vordergrund gerückt. Nicht zuletzt ist die Ost-West-Differenz nur eine – und nicht einmal mehr die entscheidende – in einer vielfach sozial, politisch, kulturell differenzierten und gespaltenen Gesellschaft.

Dennoch – das Thema »Deutsche Einheit« und besonders das Projekt »Aufbau Ost« und die Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturell-politischen Vereinigung bleiben auch nach 20 Jahren aktuell, strategisch-politisch relevant und berühren die Menschen in Ost und West nach wie vor. Die Urteile über Stand und Perspektiven der deutschen Einheit sind in der Bevölkerung, in den Medien, in der Politik und auch in der Wissenschaft vielgestaltig, oft einseitig und trotz Versachlichungstendenzen noch immer kontrovers. Angesichts der vielfältigen und sich widersprechenden Befunde, der unterschiedlichen subjektiven Erwartungen an den Vollzug der deutschen Einheit und angesichts konkurrierender Interessenlagen kann dieser Tatbestand kaum verwundern.

Doch rächt sich auch, dass wir uns in der Gesellschaft nie ernsthaft und öffentlich darüber verständigt haben, was wir unter »Einheit« überhaupt verstehen und was nicht, wie wir Einheit definieren und inhaltlich füllen wollen, wie wir den tatsächlichen Stand der deutschen Einheit mit welchen Maßstäben und Kriterien angemessen bilanzieren und beurteilen können. Claus Leggewie meint gar, die Frage der »Einheit wie die Kriterien ihres Gelingens sind unsauber definiert, eine Antwort also unmöglich oder beliebig« (Leggewie 2006, S. 1244).

Was wir also brauchen, ist, das Thema der deutschen Einheit weiter und auch neu zu denken. Mit »Einheit: Weiter- und Neu-Denken« ist nicht das ganz Andere gemeint oder etwas, das erst jetzt beginnt. Dieses »Neu-Denken« gründet vielmehr in den bisherigen Ergebnissen und Erfahrungen bei der Gestaltung der deutschen Einheit, bringt diese auf den Punkt, fasst sie zusammen und entwickelt sie zugleich weiter.

Erstens: Der besondere deutsche Einheitsfall und die Tücken seiner Zielorientierung

Wie die verschiedenen Einheitsfälle der älteren und jüngeren Geschichte – z.B. von Schottland, Quebec, den Niederlanden (Belgien) über das Saarland bis Hongkong – zeigen, unterscheiden sich die Typen und Formen von Einheit beträchtlich. Einheit z.B. durch »Anschluss«, Einheit durch »Inkorporation«, Einheit durch »Zusammenschluss«, Einheit durch »Vereinigung Gleicher«. Diese spezifischen Formen von Einheit und Vereinigung implizieren bei den Beteiligten jeweils damit verbundene spezifische Erwartungen und Vorstellungen. Und auch die Maßstäbe zur Bewertung ihres Gelingens bzw. Misslingens sind vom jeweiligen Typ, von der jeweiligen spezifischen Form der Einheit geprägt.

Der Weg zur und die Art und Weise der Herstellung der deutschen Einheit waren umstritten. Rechtlich betrachtet gab es zwei Wege: Einheit durch Vereinigung auf der Grundlage einer neuen Verfassung, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird (Art. 146 GG) oder Einheit durch Beitritt zum Grundgesetz (Art. 23 GG).

Die deutsche Einheit vollzog sich dann in der spezifischen Form des *Beitritts* der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland und ihrem Grundgesetz. Dies entsprach der konkret-historischen Situation, den Vorstel-

lungen der westdeutschen Verantwortungsträger (besonders der Bundesregierung) wie dem Mehrheitswillen der West- und Ostdeutschen.

Die Transformation Ostdeutschlands und die deutsche Vereinigung als Beitritt zu einer funktionierenden Marktwirtschaft und stabilen Demokratie wurden gemeinhin als »privilegierter Fall« wahrgenommen und interpretiert (vgl. auch Reißig 2005, S. 295ff.). Denn alles, was gebraucht werde, sei ja schon da und erprobt – in Westdeutschland. Die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik sollte noch einmal wiederholt und fortgeschrieben werden. Im Osten sollte sich alles, im Westen brauchte sich nichts zu ändern. Die Westdeutschen wollten, dass alles so bleibt wie es ist, die Mehrheit der Ostdeutschen, dass alles so wird wie in Westdeutschland.

Der Vergleichsgegenstand für das Gelingen der Transformation und der Einheit war in diesem Fall (logischerweise) die »Bundesrepublik alt«. Der Maßstab der Bewertung dann die Anpassung und Angleichung Ost an West: bzgl. der institutionellen Ordnung, der Wirtschaft, der Sozialstruktur, der Lebensverhältnisse, der politischen Kultur, der grundlegenden Einstellungen und Wertorientierungen.

Von »Erfolgreicher Einheit« kann in diesem Fall gesprochen werden, wenn dieser Angleichungsprozess – Spannungen und Konflikte eingeschlossen – voranschreitet und sein Ende auch zeitlich fixiert werden kann. Gelungen ist er dann, wenn es zur dauerhaften Integration kommt, der »äußeren« die »innere« Angleichung folgt und die Unterschiede zwischen dem »Beitrittsgebiet« und dem »Hauptland« nicht größer sind als die zwischen anderen Regionen des »Hauptlandes« (vgl. auch Roesler 1999, S. 337).

Dieser Maßstab der Angleichung, untersetzt mit spezifischen Kriterien, dominiert(e) bewusst oder unbewusst die sozialwissenschaftliche Transformations- und Vereinigungsforschung, das Agieren der politischen Akteure, die öffentlichen Diskurse und bildete eine wesentliche Grundlage auch der subjektiven Wahrnehmungen und Deutungen der Einheit und ihrer Ergebnisse in der Bevölkerung. Dies galt/gilt für Befürworter wie Kritiker des gewählten Weges zur deutschen Einheit.

Die Diskussionen und der Streit rankten sich immer wieder um die Frage, wie weit der Angleichungsprozess Ostdeutschlands (»neue Länder«) an Westdeutschland (»alte Länder«) vorangeschritten ist, ob er sich dynamisch entwickelt oder stagniert und wie lange er noch dauern wird (vgl. auch Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2009).

Keine Frage, mit diesem Maßstab konnten und können durchaus Erfolge, vorhandene Rückstände (z.B. beim Aufbau Ost), weiter zu lösende Aufgaben benannt und kommuniziert werden. Doch nach 20 Jahren wird immer deut-

licher: dieses spezifische Leitbild von Einheit, dieser dominierende Maßstab ihrer konkreten Bewertung kollidieren immer mehr mit der Wirklichkeit. Nicht nur, dass damit die historische Bedeutung der Herstellung der Einheit verdrängt wird, sind sie immer weniger geeignet, Stand und Perspektiven des Vereinigungsprozesses adäquat zu erfassen. Denn der Einigungsprozess erweist sich zum einen als komplexer, konflikthafter, langwieriger und auch offener als 1990 angenommen. Und er ist zum anderen mit neuen Herausforderungen verbunden, die auch neue Zielvorstellungen von »Gelingender Einheit« implizieren. Der Einigungsprozess entzieht sich daher einfachen Antworten, Pauschalurteilen und klar fixierten Zeitbegrenzungen.

Auch die Bundesregierungen sind diesen Dilemmata bislang im Prinzip auf gleiche Weise begegnet: Das Ziel – Angleichung Ost an West – ist gesetzt und braucht im Prinzip nicht korrigiert zu werden. Korrekturen betreffen lediglich die Instrumente, die konkret zu lösenden Aufgaben, um das Angleichungsziel zu erreichen. Allein der Weg zum Ziel dauert etwas länger als angenommen. Helmut Kohl veranschlagte bis zur »Vollendung der Einheit« 5–6, maximal 10 Jahre; Rot-Grün dann 20 Jahre; die 2009 beendete Große Koalition rd. 30 Jahre, Angelika Merkel sprach 2009 so ganz nebenbei von 40 Jahren und das DIW prognostizierte jüngst gar 60–80 Jahre bis die »ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland überwunden und die Angleichung vollzogen ist« (DIW 2009).

Zweitens: Das Leitbild »Deutsche Einheit« und die Maßstäbe zur Bewertung des Standes des Vereinigungsprozesses sind weiter zu entwickeln und auch neu zu bestimmen

Für diese Konkretisierung und Neubestimmung sprechen wenigstens zwei Gründe. Zum einen: Ein Aufholjagd- und Angleichungsszenario, das nie das anvisierte Ziel erreicht, lähmt die Kräfte und führt zu Resignation und Depression ebenso wie auf der anderen Seite das Niedergangsszenario. Beide sind – wie die bisherigen Erfahrungen belegen – in der Bevölkerung nur noch schwer vermittelbar. Zum anderen: Den Vergleichsgegenstand »Bundesrepublik alt« gibt es so gar nicht mehr. Er ist selbst im Wandel begriffen – durch die deutsche Vereinigung, durch die europäische Einigung, durch die Globalisierung.

Mehr noch – der Umbau der fordistischen Industriegesellschaft und des »Modells Deutschland« zu einer sozialen und ökologischen Moderne steht seit Mitte der 70er Jahre auf der Tagesordnung und wurde nur durch die Einheit vertagt. Inzwischen ist er drängender denn je. Transformation Ost »trifft« nun auf Transformation West – und beide sind eng miteinander verbunden. Denn beide Seiten stehen vor neuen, gemeinsamen Herausforderungen, vor einem Prozess der Findung und Etablierung eines zukunftsfähigen sozioökonomischen und kulturellen Entwicklungsmodells. Diese »doppelte Transformation« können sie nur noch gemeinsam bewältigen.

Notwendig ist deshalb auch ein neuer, ein evaluierender Vereinigungsansatz. Dieser ignoriert keineswegs, dass hier zwei sehr unterschiedliche (ökonomisch, politisch, kulturell-mental) ausgestattete Teile/Gesellschaften sich »begegneten« und »zusammenschlossen«. Er berücksichtigt jedoch zugleich, dass in diesem Vereinigungsprozess im Grunde beide Seiten einen Transformations- und Umbruchprozess zu bewältigen haben, beide aufeinander einwirken und beide sich in diesem Prozess wandeln müssen und wandeln werden. »Einheit« vollzieht sich dann im Ergebnis dieser sich wechselseitig bedingenden, unterschiedlichen, aber immer mehr auch gleichförmigen und schließlich zusammenführenden Wandlungsprozesse. Und dies auf der Grundlage und in Weiterentwicklung solcher (im Realsozialismus ausgeschalteten) Errungenschaften der Moderne und der Aufklärung wie Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Demokratie, marktwirtschaftlicher Wettbewerbsstrukturen, politischer Öffentlichkeit, ziviler Gesellschaft, Pluralismus der Wissenschaft und Kultur. Zugleich geht es heute aber auch um eine Weiterentwicklung der Moderne, um eine neue solidarische und ökologische Moderne.

Der bislang dominierende Einheits-Maßstab »Angleichung« fällt mit diesem evaluierenden Vereinigungsansatz nicht weg, ist aber inhaltlich selbst neu zu definieren: Angleichung – wirtschaftlich als neuer Pfad sozialökologischer Entwicklung, sozial als Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland und den Ost- und Westdeutschen. Letztere erstreckt sich nicht allein auf materielle, also ökonomische und wohlfahrtsgesellschaftliche Einkünfte, Anrechte und Leistungen. Sie beinhaltet vor allem auch gleiche gesellschaftliche und individuelle Zugangs- und Teilhabechancen – von Arbeit, Bildung, Gesundheit, Umwelt über Eigentum, Elitenrekrutierung bis öffentlicher Deutungsmacht – sowie sittliche Anerkennung von gelebten Leben, Identitäten und Eigensinn.

In den Vordergrund rückt damit nun Einheit als »Gemeinsamer, gesamtdeutscher Wandel« und »Neugestaltung«, als »Zusammen(Ost-West-Gemeinsam)-Wachsen«. Die Referenz- und Beurteilungsfolie von Einheit ist dann nicht

mehr so sehr »Auf- und Einholen«, sondern Modernität und Modernisierung. Gefragt wird hier nach den institutionellen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturell-mentalenen »Entwicklungs-, Innovations- und Zukunftspotenzialen« in Ost und West und in den verschiedenen Regionen, nach den »Handlungs- und Teilhabechancen« und letztlich nach der »Zukunftsfähigkeit« des vereinten, neuen Deutschlands in Europa und der globalen Welt.

Beide übergreifende Referenzen und Bewertungsmaßstäbe entsprechen den neuen Bedingungen und Herausforderungen der Gestaltung der deutschen Einheit, sind zukunftsorientiert und in der Bevölkerung – wenn konkret unter setzt – besser vermittelbar. Es sind Bewertungsmaßstäbe und -kriterien, die auf Angleichung und plurale Differenzen zulassende Integration orientieren. Maßstäbe, die nicht abschließen, sondern Handlungsräume öffnen. Und statt allein quantitativer Faktoren und Zahlenvergleiche (z.B. Verhältnis Ost-West bzgl. Wachstumsraten, Arbeitsproduktivität, Verbrauch, Konsumententwicklung) rücken damit verstärkt qualitative (Teilhabe, Bildung, soziale und kulturelle Lebensqualität, Partizipation) in den Blick der Öffentlichkeit. Die Maßstäbe und Indikatoren zur Bilanzierung und Bewertung des deutschen Vereinigungsprozesses und darin eingeschlossen des Aufbaus Ost sind daher ebenfalls weiter zu entwickeln und auch neu zu bestimmen.

Bei einer solchen Sicht auf Vereinigung als Erfordernis sozialer und innovativer Entwicklung und Zukunftsgestaltung verändert sich auch der Blick auf Ostdeutschland. Ostdeutschland ist dann nicht mehr nur ein abgehängter Nachzügler (»nachholende Modernisierung«), sondern kann auch Beispiel und gezwungenermaßen in mancher Hinsicht selbst Vorreiter des Wandels, der Transformation sein. Letzteres z.B. beim Umgang mit Deindustrialisierung und sozialökologischer Neuindustrialisierung; beim Stadtumbau; bei der Suche nach Antworten auf die Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft und einer neuen Verfasstheit der Erwerbsarbeit; bei der Energiewende; bei der Nutzung des Sozialkapitals für nachhaltige Entwicklung; beim Umgang mit einer zunehmend disparaten Regionalentwicklung, mit der zugespitzten demografischen Entwicklung (Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung) und der Entleerung regionaler Räume; bei Reorganisations- und Selbstorganisationsprozessen der Gesellschaft von unten. Vorbild »Ost« aber auch durch seine beispielhaften Strukturen und Erfahrungen mit frühkindlicher Bildung und gemeinsamen Lernens.

Die kritische Beschäftigung mit Ostdeutschland führt damit auch hin zur Frage möglicher zukünftiger Entwicklungspfade in ganz Deutschland und zur Bewältigung neuer Umbruch- und Transformationserfordernisse in Ost und West. Der Osten könnte daher – nicht zuletzt mit seinen einmaligen Erfah-

rungen aus der vollzogenen, wenngleich unvollkommenen Gesellschafts-Transformation – zu einem gesamtdeutschen Labor der sozialen und ökologischen Reform der Moderne werden.

Transformation, Vereinigung, Einheit sind, das belegt nicht zuletzt der internationale Vergleich, langwierige, komplexe und ambivalente Prozesse, die einfache Antworten ausschließen. Doch mittels eines Koordinatensystems, das auf objektive Maßstäbe, Indikatoren, Kriterien setzt und auf einer Vergleichsperspektive beruht, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gleichermaßen einbezieht, kann ein realistisches und in der Öffentlichkeit nachvollziehbares (Gesamt-)Bild von der Einheit gewonnen und dokumentiert werden. Auch ein solches Bild kann und soll nicht den Wahrheitsanspruch für sich reklamieren und andere Urteile ausschließen. Erforderlich sind gerade verschiedene analytische und evaluative Perspektiven auf Transformation und Einheit sowie ein öffentlicher Einheits-Dialog in der Gesellschaft.

Doch die gegenwärtig in der Diskussion oft noch dominierenden Dichotomien von Misslingen/Gelingen, Scheitern/voller Erfolg, Kolonialisierung/Befreiung und von Einheit als Angleichung oder Einheit in Distanz(ierung) könnten so schrittweise überwunden werden. Und Gleichheit bedeutet dann immer auch innerdeutsche Verschiedenheit in sozialer, kultureller und politischer Hinsicht, die inzwischen Ost- und Westdeutschland in wachsendem Maße ja tatsächlich auch verbindet.

Differenziertheit, Wandel und Zukunftsgestaltung wird zur neuen Normalität des vereinten Deutschlands. Daraus folgt: Statt des bislang dominierenden Einheitsdiskurses primär als Aufhol- und Angleichungsdiskurs geht es nunmehr zuerst um einen Einheitsdiskurs als konflikthaften und anspruchsvollen Wandlungs-, Modernisierungs- und Gestaltungsdiskurs. Einheit also als Ergebnis sich wechselseitig bedingender, unterschiedlicher, aber immer mehr auch gleichförmiger und schließlich zusammenführender Wandlungsprozesse. Einheit ist nach 20 Jahren auf neuer und zugleich realistischer Grundlage zu gestalten und zu kommunizieren. Einheit zugleich verstanden in ihrer Differenziertheit und Verschiedenheit sowie vor allem in ihrer Zukunftsorientiertheit.

Drittens: »Innere Einheit« – neu definieren und kommunizieren

Der Diskurs um die »Innere Einheit« reicht bis in das Jahr 1990 zurück. Als die formal-institutionelle Vereinigung vollzogen war, diente der Begriff der »Inneren Einheit« als Synonym für das »Zusammenwachsen« der Deutschen. Ursprüngliche Erwartungen, dieser Prozess werde sich in einem recht überschaubaren Zeitraum vollziehen, wurden Schritt um Schritt relativiert.

Die Urteile zur inneren Einheit lauten heute zumeist »unvollendet«, oft aber auch »nicht gelungen« oder gar »misslungen«. Dieses negative Urteil über die innere Einheit wird abgeleitet aus spezifischen Maßstäben und Indikatoren, mit deren Hilfe diese innere Einheit gemessen und bewertet wird: Einstellungen der Ost- und Westdeutschen zu den politischen Institutionen, Bewertungen des Einigungsprozesses, Selbst- und Fremdwahrnehmungen der Ost- und Westdeutschen (vgl. dazu auch Kaase 1999, S. 455). Die hier bestehenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sind, wie auch alle Umfragedaten belegen, noch immer vorhanden. Von der Selbst- und Fremdwahrnehmung, über das Wahlverhalten bis hin zu grundlegenden Einstellungen und Werteorientierungen.

Vollendet sei – in dieser Perspektive – die innere Einheit erst dann, wenn diese Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen vor allem bei den Einstellungen, möglichst aber auch bei den jeweils typischen Identitäten und Mentalitäten überwunden sind. Die Unterschiede sind demnach das Hindernis auf dem Weg zur inneren Einheit. Dabei liegen die Probleme in dieser Sichtweise vor allem bei den Ostdeutschen, bei ihren Vorstellungen von Gerechtigkeit, von Gleichheit, von staatlicher Regulierung, die im offiziellen Diskurs oft als fehlende bzw. zu gering ausgeprägte freiheitlich-demokratische Grundorientierung gedeutet werden.

Man muss diese Einstellungsunterschiede (vgl. auch Falter et al. 2006) gar nicht gering schätzen. Doch das Grundverständnis von liberaler Demokratie fußt auch auf Anerkennung der Differenz und des Konflikts. Zu diesem gehört seit jeher die liberale politische Programmatik ebenso wie egalitäre Sichtweisen (Linden 2009, S. 308). Also das, was heute im Westen bzw. im Osten des vereinten Deutschlands bei entsprechenden Umfragen (Freiheit-Gleichheit; Liberalismus-Sozialstaatlichkeit) jeweils (etwas) stärker präferiert, aber letztlich nicht konträr entgegengesetzt wird. Warum sollte nun gerade im deutschen Vereinigungsprozess das eine gegen das andere ausgespielt und als Gefahren-

potenziale interpretiert werden – übrigens von beiden Seiten («Gefahr» der »Veröstlichung« bzw. »Verwestlichung«).

Und aus der Kulturforschung wissen wir: Die Anerkennung kulturell-mentaler Unterschiede ist geradezu eine Voraussetzung für ein wachsendes Wir-Gefühl. Nicht die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen hinsichtlich Einstellungen sowie Selbst- und Fremdwahrnehmung sind das Problem, höchstens der Umgang mit ihnen. Hier entscheidet sich, ob diese Unterschiede trennen oder vereinen, ob sie zum Hindernis werden oder zur Bereicherung der politischen Kultur beitragen.

Anders als im hegemonialen Diskurs gedeutet, verlangt innere Einheit zweierlei: einen gemeinsamen freiheitlich-demokratischen Grundkonsens und einen gemeinsamen Willen zur Bildung eines politisch-pluralistischen Gemeinwesens. Und von einem solchen Maßstab ausgehend, ist das Bild des vereinigten Deutschlands durchaus erfreulicher als es die meisten Urteile zur »inneren Einheit« vermuten lassen: Mehrheitlich bejahen Ost- und Westdeutsche die demokratischen Verfassungsprinzipien und ihre Grundwerte, die Demokratie als Idee- und Staatsform sowie die deutsche und europäische Einigung. Und beide stehen sich als spezifische Gruppen auch nicht feindlich gegenüber, sondern bekunden ihren Willen zu einem politisch-pluralistischen Gemeinwesen. Zudem sind separatistische Tendenzen nicht wirklich vorhanden.

Auf dieser, natürlich noch nicht gefestigten Basis, gibt es die neue Einheit nur in der Verschiedenheit, nicht aber als harmonisches, konfliktfreies, gleiches Ganzes. Innerdeutsche Verschiedenheit also, zwischen Ost und West und vor allem auch in Ost und West, die immer mehr die Deutschen verbindet. Heterogenität als eine neue deutsche und doch zugleich europäische Normalität. Hier müssen Ost- und Westdeutsche gleichermaßen über ihren Schatten springen, wechselseitige Vorbehalte abbauen, sich dialogisch begegnen und sich das jeweils Andere kritisch erschließen. Gleichzeitig gilt es, den tatsächlichen Gefährdungen der Demokratie in Gestalt von »Zuschauerdemokratie«, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie den Gefährdungen des sozialen Zusammenhalts in der gesamtdeutschen Gesellschaft infolge alter und neuer sozialer Spaltungen und Ausgrenzungen gemeinsam zu begegnen.

Für eine Schönwetterdiagnose besteht deshalb kein Anlass. Nur: Die Probleme und Konflikte der Einheit der Deutschen sollten nicht mehr zuerst dort gesehen werden, wo sie nicht wirklich bestehen (Unterschiede in Einstellungen und bestimmten Werteorientierungen), und dort verdrängt werden, wo sie real existieren (politische und soziale Spaltung und Konflikthäufung) und sich als Hemmnisse oder gar als Risiken erweisen können. Das Problem der inne-

ren Einheit ist nämlich vor allem ein Problem der politisch-pluralistischen Einheit (s. auch Linden 2009, S. 310), d.h. der Integration und der Herausbildung eines stabilen politischen Gemeinwesens. Dafür sind die beiden genannten Bezugsebenen – demokratischer Grundkonsens und Willensbekundung zu einem politischen Gemeinwesen – notwendig, aber nicht hinreichend. Denn die Herstellung und Stabilisierung der politisch-pluralistischen Einheit Deutschlands bedarf einer strukturellen Gleichheit zwischen Ost- und Westdeutschen. Das seit langem bestehende und mit der Vereinigung noch nicht wirklich aufgehobene strukturelle Ungleichgewicht zwischen Ost- und Westdeutschen ist deshalb ein fortbestehendes Haupthindernis auf diesem Weg zur politischen Einheit. Denn Vereinigung der Menschen zu einer politisch-pluralen Gesellschaft kann, anders als eine staatlich-institutionelle Vereinigung, letztlich nur unter Gleichen gelingen. Dies hat eine soziale und kulturelle Dimension.

Sozial geht es vor allem um gleiche Zugangs- und Teilhabechancen bezüglich Arbeit, Bildung, Gesundheit, Eigentum, sozialen Aufstieg, demokratische Mitwirkung und -gestaltung. Einheit ist Tolerierung bestimmter Ungleichheiten, aber Problematisierung und Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten und Ausgrenzungen. Von dieser sozialen Einheit sind wir heute noch ein ganzes Stück entfernt.

Kulturell geht es um ein Anerkennungsproblem, das freilich ein wechselseitiges, ein gesamtdeutsches ist. Aber in unserem besonderen Fall ist es doch zuerst ein spezifisch ostdeutsches. In Ostdeutschland haben sich Desintegrations- und Benachteiligungsgefühle (wie berechtigt auch immer) verfestigt (nur ca. 20% fühlen sich als »richtige Bundesbürger«, über 60% sehen sich als »Bürger 2. Klasse«). Und eine Mehrheit der Ostdeutschen meint, dass das über sie in der Öffentlichkeit kommunizierte Bild nicht zutreffend und nicht fair sei. Ein Urteil, das durch eine Untersuchung der Universitäten Jena, Leipzig, Wien über die Darstellung der Ostdeutschen in den überregionalen Medien bestätigt wird. »Die Ostdeutschen werden nicht auf Augenhöhe wahrgenommen, sie bleiben auch zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall die Anderen« – wird resümierend festgestellt (Berliner Zeitung vom 23. Februar 2010).

Die Lösung kultureller Konflikte dieser Art bedarf einer besonderen Praxis, der von Anerkennung und eines Dialogs unter Gleichen. In Bezug auf die Ostdeutschen heißt das Anerkennung der Vielfalt und Unterschiedlichkeit ihrer Lebensleistungen, ihrer Erfahrungen, ihres Eigen-Sinns in der Öffentlichkeit, in den Medien und nicht zuletzt in der (westdeutsch dominierten) Politik. Es bedarf insgesamt eines grundlegenden Wandels in der gesamtdeutschen Kommunikation, Ost- und Westdeutsche gleichermaßen betreffend. Dabei sollten

die einen – verkürzt formuliert – selbstbewusster, die anderen selbstkritischer agieren und kommunizieren.

Ein neuer Einheitsdiskurs könnte zur Herstellung der inneren Einheit – verstanden vor allem als politisch-pluralistische Einheit – wesentlich beitragen.

Viertens: Das Einheitsprojekt als ein Zukunftsprojekt verstehen und debattieren

Einheit versteht sich nicht nur als Vergangenes und Gegenwärtiges, sondern auch als Künftiges. Einheit als ein Zukunftsprojekt sollte jedoch nicht mehr wie bislang als Verwaltung der Vergangenheit und reine Verlängerung der Gegenwart (miss)verstanden werden. Auch nicht nur als ein nationales, gar abgeschottetes Projekt. Einheit ist nun endgültig zu einem Projekt gemeinsamer Gestaltung eines neuen, eines zukunftsfähigen Deutschlands im europäischen und globalen Maßstab geworden. Etwas, was 1989/90 aus unterschiedlichen Gründen keine mehrheitliche Zustimmung fand und finden konnte. Heute steht diese Herausforderung, diese Aufgabe in neuer Gestalt auf der Agenda.

Hierbei geht es um noch nicht gelöste Aufgaben der Einheit, einschließlich des »Aufbau Ost«. Das betrifft den Umstand, dass in Ostdeutschland noch immer keine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung dominiert, dass vor allem das Innovations- und Forschungspotenzial zu schwach ausgeprägt ist, dass die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist als in Westdeutschland und die soziale Einheit noch lange nicht verwirklicht ist. Dies alles wirkt als einigungsbedingte Hypothesen fort und harret der Lösung.

Zugleich geht es aber um neue, nichteinigungsbedingte gesamtdeutsche und europäische Herausforderungen, die nun in den Vordergrund gerückt sind. Nach der insgesamt als Erfolgsbilanz zu veranschlagenden »alten« Bundesrepublik und den alles in allem gelungenen Start zur Herstellung der »Deutschen Einheit« stellen sich neue Problemlagen – die Grenzen des alten Wachstumspfad, die Alterung der Gesellschaft, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte, die zunehmende soziale Ausgrenzung und Ungleichheit, die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Problemlagen, die an Gewicht gewinnen und das unfertige Werk der Einheit zurückwerfen, wenn auch nicht unmittelbar gefährden können (vgl. auch Holtmann 2009, S. 9). Notwendig ist deshalb – auch im Interesse der weiteren Gestaltung der Einheit – ein

Wandel, der das vereinte Deutschland als Teil Europas und der globalen Welt für das 21. Jahrhundert zukunftsfähig machen sollte.

Im Kern ist dies letztlich ein Ringen um ein neues sozioökonomisches und kulturelles Entwicklungsmodell, das einen nachhaltigen, spezifisch ressourceneffizienten, umweltverträglichen Entwicklungspfad und eine neue soziale und humane Lebensqualität generiert und am Gemeinwohl orientiert ist. Man könnte dies normativ auch als »Gesellschaft nachhaltiger und solidarischer Entwicklung« als Alternative zur »Fordistisch-industriellen Teilhabegesellschaft«, besonders aber zur »Marktliberalen Konkurrenzgesellschaft« bezeichnen. Dabei geht es weder um eine imaginäre »Gemeinschaft« noch um die Neuauflage einer (gescheiterten) »Einheitsgesellschaft«, sondern um die »Zweite Große Transformation« der Moderne mit dem Ziel einer weiterentwickelten modernen, pluralen, sozialökologisch und demokratisch-partizipativ geprägten Gesellschaft (Reißig 2009, S. 93ff.).

Gerade deshalb gilt: Einheitsgestaltung und Zukunftsgestaltung – beide orientiert an diesem Ziel einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft – sind nun eng miteinander verknüpft und sollten nicht länger gegeneinander gestellt werden. Das eine wird ohne das andere nicht mehr gelingen. Chancen und Risiken liegen auf diesem neuen Weg dicht beieinander, der Ausgang bleibt offen.

Einheit auf diese Weise »Weiter- und Neu-Denken« heißt dann auch: Zusammenwachsen durch Zusammen(Ost-West gemeinsam)-Wachsen. Es setzt nicht auf die Divergenzen, sondern auf die Stärken, Erfahrungen und Zukunftspotenziale des »alten Westens« wie auf die für die Zukunft relevanten spezifischen ostdeutschen Erfahrungen und Potenziale der letzten Jahrzehnte. Also zuerst – ohne die Unterschiede und Differenzen zu negieren – auf das Gemeinsame in einem gemeinsamen Transformations- und Gestaltungsprozess auf dem konflikthaftern Weg zu einem neuen, zukunftsfähigen Deutschland.

Es spricht vieles dafür, dass das vereinte Deutschland in eine Epoche eintritt, in der das bisherige Erfahrungs- und Orientierungswissen nicht ausreicht, um die Zukunftsherausforderungen zu lösen.

Deshalb sollte sich auch ein zeitgemäßer Einheitsdialog daran messen lassen, wie er hilft aufzuklären statt zu verklären, zu öffnen statt zu verschließen, Handeln zu aktivieren statt zu paralisieren.

Literatur

- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2009): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009. Berlin (BMVBS).
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2009): Die Wirtschaft in Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Rückblick, Bestandsaufnahme, Perspektiven. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. H. 2.
- Falter, Jürgen W.; Gabriel, Oscar W.; Ratzinger, Hans & Schoen, Harald (2006): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München (Verlag C. H. Beck).
- Holtmann, Everhard (2009): Signaturen des Übergangs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, H. 28, 3–9.
- Kaase, Max (1999): Innere Einheit. In: Weidenfeld, Werner & Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999. Frankfurt/New York (Campus Verlag), S. 372–383.
- Leggewie, Claus (2006): Die Zukunft der Veröstlichung. (Eröffnungsvortrag des Autors auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft zum Thema »Neues Deutschland. Eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung«) In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 10., 1244–1253.
- Linden, Markus (2009): Innere Einheit. Konjunkturen und Defizite einer Debatte. In: Deutschland-Archiv. H. 2., 303–313.
- Reißig, Rolf (2005): Anspruch und Realität der deutschen Einheit. In: Bahrman, Hannes & Links, Christoph (Hg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz. Berlin (Christoph Links Verlag), S. 293–316.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften).
- Roesler, Jörg (1999): Der Anschluß von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß. Frankfurt am Main (Peter Lang).